



Hanau, 25. September 2026

Pressemitteilung

Grüne und Linke fordern einen kommunalen Hitzeaktionsplan für Hanau

Laut gemeinsamem Antrag soll ein Hitzeaktionsplan bis April 2027 verbindliche Zuständigkeiten und Maßnahmen für Hitzewellen festlegen

45 Tage mit Temperaturen von mehr als 30 Grad Celsius wurden von Mai bis August 2026 an der Hanauer Luftgütemessstation (Luftmessstelle Hanau DEHE001) registriert. An 19 Tage wurden mehr als 35 Grad gemessen, an zwei Tagen wurde sogar die Marke von 40 Grad überschritten. Angesichts dieser Entwicklung fordern die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke einen kommunalen Hitzeaktionsplan für Hanau. Einen entsprechenden gemeinsamen Antrag haben sie fristgerecht zur Beratung in der Stadtverordnetenversammlung im September eingebracht. Die Zeit eilt: Der Plan soll bis spätestens April 2027 vorliegen und vor dem nächsten Sommer dokumentieren, wer bei Hitzewarnungen welche Maßnahmen einleitet.

„Der Sommer 2026 hat gezeigt: Hitze ist längst keine Ausnahmereischeinung mehr, sondern eine konkrete Gefahr für Gesundheit, Betreuung, Pflege und Lebensqualität in unserer Stadt. Hanau hat bereits wichtige Bausteine zum Umgang mit Hitzewellen. Was fehlt ist ein transparenter Plan, der bei Hitzewellen klar zeigt: Wer handelt, wann und für wen?“, erklärt Angelika Gunkel, klimapolitische Sprecherin der Grünen Fraktion.

Behandelt wird der Antrag erst in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Anfang November. Die Fraktionen der Grünen und Linken sind der Bitte der Koalition im Präsidium nachgekommen, die Amtseinführung des designierten Oberbürgermeisters Dr. Bieri inhaltlich nicht zu überfrachten.

Der vorliegende Antrag sieht vor, bestehende Maßnahmen im Plan zusammenzuführen und konkrete Zuständigkeiten zwischen Gesundheitsbereich, Umwelt, Stadtplanung, Pflege Katastrophenschutz und Sozialbereich festzulegen. Dabei sollen Empfehlungen von Bund und Land Hessen sowie die Angebote zuständiger Fachstellen berücksichtigt werden.

Hanau verfügt bereits über verschiedene Grundlagen und Maßnahmen, insbesondere das städtische Hitze-Portal mit Hitzewarnungen und Schutzinformationen, die Stadtklimaanalyse von 2025 sowie Projekte zur Entsiegelung, Begrünung und Verschattung. Aus Sicht von Grünen und Linken müssen diese Ansätze stärker miteinander verbunden und um konkrete Abläufe für akute Hitzewellen ergänzt werden.

Hitze ist insbesondere für Menschen gefährlich, die sich nicht ohne Weiteres selbst schützen können. Dazu gehören unter anderem ältere Menschen, Kleinkinder, chronisch Kranke, Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeeinrichtungen, Wohnungslose sowie Menschen, die in besonders hitzebelasteten Quartieren wohnen oder im Freien arbeiten.

Für obdachlose Menschen fordert die Linke, auch ungewöhnliche Lösungen zu prüfen. „Wer im Sommer keinen geschützten Raum hat, kann einer Hitzewelle kaum ausweichen. Deshalb sollte geprüft werden, ob klimatisierte Busse zeitweise als kühle Aufenthaltsräume genutzt werden können – verbunden mit sozialer und, wenn nötig, medizinischer Unterstützung“, sagt Jochen Dohn, Fraktionsvorsitzender der Linken.

Hitzewellen belasten Rettungsdienste, Kliniken, Pflege und soziale Einrichtungen. Sie erhöhen gesundheitliche Risiken, verschärfen bestehende Belastungen und es wird deutlich, dass vorsorgender Schutz bei Hitze dauerhaft organisiert werden muss.

Ein Hitzeaktionsplan soll nach dem Willen der beiden Fraktionen nicht nur Maßnahmen für akute Hitzewarnungen enthalten. Auch langfristige Fragen sollen beantwortet werden: Wo braucht Hanau mehr Schatten und Grün? Welche öffentlichen Räume müssen stärker vor Hitze geschützt werden? Wo kann Entsiegelung helfen? Welche Einrichtungen benötigen besondere Schutzkonzepte.

„Die nächsten Hitzewellen sollten nicht jedes Mal neue Improvisation erfordern“, sagt Charlotte von Hauff, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen. Sie betont: „Hanau hat wichtige Voraussetzungen geschaffen. Jetzt brauchen wir klare Abläufe für akute Hitzelagen und zugleich einen Plan für die Stadtentwicklung. So können Menschen besser geschützt, Einrichtungen entlastet und Hanau widerstandsfähiger gegen die Folgen der Klimakrise werden.“